

**Wilder Streik
in Bornheim** 7

Bei Spargel-Ritter setzten sich Arbeiter*innen zur Wehr, deren Situation sonst kaum Aufmerksamkeit erhält. Lässt sich daraus lernen?



ak



The Sound of the

Police

Warum rassistische Polizeigewalt kein Fehler im System, sondern in diesem angelegt ist. Das Thema auf den Seiten 10–15

Grüner Schein

Deutschland Autokaufprämie: Die IG Metall zeigt ihr altes Gesicht

Von Fabian Westhoven

Wahre Freunde erkennt man in der Not, heißt es. Zwar wäre es vermessen, die Annäherung von IG Metall und Umweltverbänden als Freundschaft zu bezeichnen. Aber in die Richtung ging es. Im letzten Jahr gab es gemeinsame Erklärungen von Deutschlands größter Industriegewerkschaft, dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie dem Naturschutzbund (Nabu). Das Ziel: die Klima- und Mobilitätswende gestalten. Für den #FairWandel gingen am Brandenburger Tor sogar Zehntausende Gewerkschafter*innen auf die Straße. Und selbst zu den Zielen von Fridays for Future bekannten sich die Metaller*innen.

Da war die Welt noch in Ordnung, deutsche SUVs waren beliebt in aller Welt. Dann kam Corona, und die Autoindustrie stürzte in eine tiefe Rezession. Aus der Not sollte die Autoindustrie ein Instrument befreien, das sich schon in der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 als Rettungsanker erwiesen hatte: die Abwrackprämie, offiziell Umweltprämie genannt. Für die Umsätze von BMW, VW und Daimler war das damals genial, für die Umwelt weniger. Die »abgewrackten« Autos verpesteten fortan in Osteuropa die Luft, hierzulande wurden sie durch nominell effizientere und weniger Schadstoffe ausstoßende Neuwagen ersetzt. Tatsächlich waren die Emissionen aber oftmals höher, weil die Autos schwerer und die Motoren manipuliert wurden. Von dem enormen Energie- und Ressourcenaufwand, der zur Autoproduktion erforderlich ist, ganz zu schweigen.

Kein Wunder, dass sich Umweltverbände wie auch Fridays for Future vehement gegen die Wiederauflage einer Autokaufprämie für Benzin- und Dieselfahrzeuge einsetzten. Letztlich erfolgreich. Im Konjunkturpaket der Großen Koalition fehlt es. Die Autoindustrie geht aber nicht leer aus. Es gibt Milliarden für E-Autos, Entwicklung und den Ausbau der Lade-Infrastruktur sowie voraussichtlich auch für teure Hybrid-PKWs. Und von der Senkung der Mehrwertsteuer profitieren die Autokonzerne ebenfalls.

Das Tischtuch der IG Metall und der Umweltbewegungen ist nun zerschnitten – wie es auch einen »massiven Vertrauensverlust« zur SPD, die die Kaufprämie verhinderte, gibt. Die IG Metall muss das auf ihre Kappe nehmen. Denn es zeigt sich, dass die Organisation das kurzfristige Interesse ihrer Mitglieder – Jobehalt – in der Not über das langfristige – sichere Jobs in einer Industrie, die auf alternative Antriebe setzt – stellt. Und über die Umwelt ohnehin. Was hatte Jörg Hofmann, Vorsitzender der IGM, auf der Pressekonferenz mit BUND und Nabu noch gesagt? Metaller*innen haben nicht nur ein Interesse an sicherer Arbeit, sondern auch an einem lebenswerten Planeten für ihre Kinder.

Und wie verkauft die Gewerkschaft ihren Einsatz für Autokaufprämien? Gewissermaßen antifaschistisch. Denn vor den Werkstoren demonstrierte schließlich auch die AfD für den Diesel, so Hofmann wörtlich. Nimmt er etwa an, dass die Mitglieder im demokratischen Lager bleiben, wenn man die Forderungen der Rechtspopulisten übernimmt? Das erwies sich schon öfter als falsch. Nichts spricht dafür, dass es dieses Mal anders ist. ●

Kein einmaliges Ereignis

Aktion Rassistische Gewalt ist alltäglich und grundlegend – unser Kampf muss es auch sein

Von Kofi Shakur

Die Größe der Demonstrationen, die am ersten Juni-Wochenende unter dem Motto Black Lives Matter in etlichen deutschen Städten stattfanden, hat viele überrascht und einige Erwartungen übertroffen – gerade, wenn man bedenkt, wie wenig Aufmerksamkeit ähnlichen Demonstrationen in der Vergangenheit zuteil wurde. Diesmal ist es anders: Neben Massenprotesten in den gesamten USA gehen auch in vielen anderen Ländern Zehntausende auf die Straßen.

Der Mord an George Floyd war dafür der Auslöser – und zugleich eine Form der Gewalt, die in dieser Gesellschaft alltäglich ist. Vor diesem Hintergrund war es befremdlich, als nach ersten Protesten in Deutschland ein Aufruf für den 6. Juni verbreitet wurde, der sich von »gewalttätigen« Protesten in den USA abgrenzte und zu stillem Protest aufforderte. Der Aufruf wurde in den sozialen Medien kritisiert und schließlich verändert. In Berlin bildete überdies eine Gruppe von jungen Schwarzen Aktivist*innen und Aktivist*innen of Color auf dieser Demonstration einen linken Block und ließ dort antirassistische, feministische und antikapitalistische Positionen laut werden – bezogen auch auf Deutschland. Diese Verbindung hat vielerorts noch gefehlt.

Die Kampagne Death in Custody hat auch für Deutschland viele Todesfälle in Gewahrsamssituationen dokumentiert (siehe Seite 13) – die Täter*innen kommen straffrei davon. Razzien in Shishabars, Abschiebungen und Zwangsräumungen sowie tägliche rassistische Polizeikontrollen verschwinden nicht dadurch, dass Linkspartei oder Grüne an der Regierung sind, wie man in Berlin und Thüringen sieht. Um dem Ruf »Black Lives Matter« gerecht zu werden, müssen wir daher den Fokus von den USA lösen und überlegen, wie wir unsere Kämpfe, die eine lange Geschichte in Deutschland haben, besser führen können. Das Ausmaß der Gewalt zu begreifen, bedeutet auch, dass die Proteste umfassender werden müssen: Nicht nur rassistische Polizeigewalt, sondern jede Polizeigewalt, nicht nur die Polizei, sondern der ganze Staat ist einer

Kritik zu unterziehen. Die Desinvestition des Polizeiparates oder gar seine Abschaffung stehen den Interessen der Kapitalist*innen am Schutz ihres Eigentums und ihrer Profite direkt entgegen. Erst wenn ihr Eigentum aufgehoben wird, verschwindet also auch die Grundlage der Polizei.

Inmitten der Welle an Solidarität gibt es selbstverständlich auch Bilder und Aussagen, die nicht sonderlich progressiv sind. Keine Bewegung ist frei von den Fehlern der Gesellschaft, gegen deren Unterdrückung sie kämpft. Das Bewusstsein dafür, dass Protest kein einmaliges Ereignis ist, ist dennoch vorhanden. Allerdings überwiegt die Betonung der individuellen Ebene von Verantwortung. Doch rassistische Unterdrückung lässt sich, polemisch ausgedrückt, nicht dadurch überwinden, dass weiße Menschen einfach zuhören und lernen. Das wäre zu einfach für sie und würde der Komplexität der Sache nicht gerecht. Wir brauchen ein Verhältnis, in dem wir solidarisch auf Augenhöhe miteinander diskutieren und uns auch für falsche Positionen kritisieren können. Schwarze Menschen, PoC, Migrant*innen, Ausländer*innen, Geflüchtete, Frauen, LGBTQ, welche Selbstbezeichnung auch im Vordergrund steht: Die Selbstorganisation von Unterdrückten ist zentral, allein schon, um das politische (Selbst-)Bewusstsein zu entwickeln, das durch Ignoranz oder Bevormundung innerhalb der Gesellschaft oft verwehrt bleibt. Das Ziel kann jedoch nur sein, dass wir uns gemeinsam und auf internationalistischer Grundlage organisieren.

Die Polizei hat am 6. Juni besonders in Hamburg und Berlin gezeigt, dass sie auf das Selbstbewusstsein migrantischer Jugendliche, sich nicht mehr auf unmenschliche Weise behandeln zu lassen, unmenschlich reagiert: Mit brachialer Gewalt wurden nach dem friedlichen Protest vor allem Schwarze und migrantische Jugendliche zusammengeschlagen, festgenommen, eingeschüchert. Die Vorwürfe sind genau so lächerlich wie die Beteuerungen seitens Polizei und Politik, dass die deutsche Polizei kein Problem mit Rassismus habe.

Wir kämpfen nicht dafür, dass so etwas passiert und dann möglicherweise bestraft wird, sondern für eine Gesellschaft, in der so etwas nicht passieren kann. ●